

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verleitet: Stallfischerstr. 34/35 (Eingang: 5-6 Uhr)
Telefon: Amt Moritzplatz 12579

Erscheint zweimal täglich: Sonntags und Montags einmal.

Ergebnis und Inseratannahme: Berlin S 11
Stallfischerstr. 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

31. 1. 2. Ausgabe: Letztens für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.- Wrt für Postgebühren: 10.- monatlich. Bei Bestellungen unter Streifenband für Deutschland und Österreich 16.50 Wrt, als Brief 20.- Wrt. Für Ausland unter Streifenband 31.50 Wrt, als Brief 40.- Wrt, als einmaliger Bezahlung.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Einzelgenoss: Es wird berechnet die gesplattete Nonpareilgröße oder deren Äquivalent mit 4.- Wrt. Familien- und Organisationsangelegenheiten 2.50 Wrt. netto. Kleinere Einzelnennungen: Das festgedruckte Wort 1.50 Wrt. jedes weitere Wort 1.00 Wrt. bei Familien- und Organisationswortanzeigen das festgedruckte Wort 1.50 Wrt. jedes weitere Wort 45 Pf. netto.

Proletarier, auf zum Kampf gegen die Zertrümmerer eurer Kampffront!

Auf den Offenen Brief der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, der alle proletarischen Organisationen auffordert, eine gemeinsame Kampffront zu bilden, um die würgende Schlinge, die das Kapital uns um die Kehle zieht, wenn auch vorübergehend zu lockern, um dem am hellen lichten Tage sich vollziehenden Aufmarsch der Konterrevolution zu begegnen — hat die Leitung der Gewerkschaften mit keiner Silbe gemwortet.

Der Offene Brief verlangt die Einleitung unmittelbarer Aktionen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angeestellten, Beamten, der Arbeitslosen, der Kriegswaisen, der Rentner und Pensionäre.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat dazu nichts zu sagen. Der Offene Brief verlangt eine strikte konkrete Maßnahme zur Verbilligung der Lebenshaltung der breiten Massen.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat auch dazu nichts zu sagen. Der Offene Brief verlangt Maßnahmen zur Vereinfachung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen.

Die Gewerkschaftsbürokratie rührt das nicht. Der Offene Brief verlangt unmittelbare geschlossene Aktionen zur Entwaffnung der bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und zur Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen, für die Freilassung der proletarischen Kämpfer, die in Ketten schmachten, für die Aufhebung der bestehenden Streikverbote.

Die Gewerkschaftsbürokratie hält sich in Schweigen. Sein Wort, seine Stimme zu den unmittelbaren Lebensfragen jedes Proletariats.

Dafür aber antworten diese erlappten Verbrecher mit dem Bornschrei:

Geraus mit den Kommunisten aus den Gewerkschaftsverbänden!

Geraus mit den kommunistischen Verbrechern, die uns an die Pflicht mahnen, gegen das Kapital zu kämpfen, statt Arbeitsgemeinschaften mit ihm zu schließen. Geraus mit denen, die die Kampfgemeinschaft mit dem rauen Zustand der Ausbeutungsgemeinschaft mit den Stimmen aller Völker vorziehen.

Ihr wollt eine proletarische Kampforganisation gegen das Kapital? Nun, so zerhacken wir die Verbände!

Geraus mit den Kommunisten, ruft die oberste Bürokratie des Metallarbeiterverbandes, der stärksten deutschen Gewerkschaft, indem sie gewöhnlich den Nacken beugt vor den Schlägen, die die Unternehmer den Arbeitern versetzen.

Die Metallindustriellen schliessen planmäßig Fabriken, setzen Laufende und überlaufende Proleten auf die Straße.

Das sind die „realen Machverhältnisse“, antwortet die Metallarbeiterbürokratie, oder in schäblichstem Deutsch: Das Kapital hat gegeben, das Kapital hat genommen, der Name des Kapitals sei gelobt.

Geraus mit den Kommunisten, wiederholt die Bürokratie des Bauarbeiterverbandes.

Geraus mit den Kommunisten, donnern endlich die hohen Bürokraten des Eisenbahnerverbandes, während sie sich die Hände wuschen von dem schmutzigen Werk der Abwägung der Eisenbahnerbewegung.

Geraus mit den Kommunisten: das ist der Endreim dieser Gesellen am Schluß jedes Verfalls an ihren Gewerkschaftsmitgliedern, das ist die Begleitmusik, die verbrecherische Latenzlosigkeit überdünnt soll.

Arbeiter, Angestellte!

Was sagen diese Aufschläge, was sagen diese Anschläge gegen die Gewerkschaftsverbände, zu deren Hütern ihr eure Beamtinnen eingesetzt habt?

Sie sagen Klar und deutlich:

Die Kommunisten sind das mahrende Gewissen, die unbedingte Stimme, die Kampferkruer der arbeitenden Massen gegen das Kapital.

Arbeiter!

Auf den Ruf der Kommunisten, alle proletarischen Kräfte zu vereinigen zu unmittelbaren Aktionen gegen das Kapital, antwortet jetzt die Gewerkschaftsbürokratie — mit der Spaltung der Verbände.

Die Bürokratie wird kämpfen mit allen Mitteln der Gewalt und der Gewalt.

Sie kämpfen um ihre Existenz als Knechte des Burgfriedens zwischen Kapital und Arbeit.

Arbeiter!

Eure gewaltigsten Kampfswaffen, eure stärksten Gewerkschaftsverbände sollen zertrümmert werden — nicht von den Kapitalisten, sondern von ihren Knechten, die sie über euch gesetzt haben.

Arbeiter! Eure Antwort ist:

Wir Arbeiter sind der Verband!

Wir Arbeiter stehen fest zu den Kommunisten, die in unserer Reihen kämpfen!

Ginhaus mit den Zerfallenden der Verbände!

Zum Teufel mit denen, die den Bruderkampf unter uns Proletariats entfesseln, statt uns zusammenzuführen gegen Not und Elend.

Arbeiter! Mach die Anschläge schnell zum Scheitern. Jeder Augenblick kann euch vor die unabweisliche Notwendigkeit des geschlossenen Abwehrkampfes stellen.

Erhebt euch geschlossen gegen die Gewerkschaftsleiter an eurer Spitze.

Waffenstillstand der Eisenbahner?

Die stärkste der Großorganisationen der Eisenbahner hat das vom Sechzehnerauschuß mit der Regierung vereinbarte Kompromiß angenommen. Damit ist, wenn es nach dem Willen der Gewerkschaftsbürokratie geht, für diesmal der Eisenbahnerstreik abgelehnt.

Um zu erkennen, ob der mit 51 gegen 20 Stimmen gefasste Beschluß des erweiterten Vorstandes des D. E. B. dem Willen und den Interessen der Eisenbahner entspricht, muß man sich in Erinnerung rufen, was verlangt wurde, und dem das Erreichte gegenüberstellen.

Die Eisenbahnerorganisation, vor allem der D. E. B., hatte sich lange dem Drängen der Mitglieder nach Einleitung einer Lohnbewegung widersetzt und sich mit Verzweiflung auf die schlechte Finanzlage des Reiches und gehemmt durch die Ratlosigkeit der S. P. D. und U. E. P. Reichstagsfraktionen geweigert, Forderungen einzureichen.

Die wachsende Not unter den Eisenbahnern ließ den Druck auf die Instanzen immer stärker werden, so daß es schließlich zur Einreichung einheitlicher Forderungen durch die Großorganisationen kam. Gefordert wurde für die Eisenbahnarbeiter eine Zulage von 1 Mark pro Stunde. Für die Beamten wurde eine Staffelung der Teuerungszulage nach Gehaltsklassen gefordert, in der Weise, daß bei den niedrigsten Gehältern eine Erhöhung um 40 Prozent erfolgen sollte, die sich in Abstufungen von je 5 Prozent bis zu den höchsten Lohnklassen auf 10 Prozent ermäßigen sollte.

Diesen Forderungen gegenüber, die gewiß sehr beschneidbar waren, vertrat die Regierung von vornherein das Prinzip, die Erhöhung der Löhne und Gehälter dürfe nicht nach Lohnklassen, sondern müsse nach Ortsklassen erfolgen. Dagegen haben sich die Eisenbahnerorganisationen lange und tapfer gewehrt. Das wird jeder verstehen, der die Wirkung des Regierungsvorschlages betrachtet. Statt der von den Eisenbahnern erstrebten Ausgleitung zwischen den niedrigen und höchsten Gehältern, vergrößert der Regierungsvorschlag noch den Vorprung der hohen und höchsten Gehälter. Während z. B. die schlecht bezahltesten Eisenbahner nur 20 Prozent der geforderten Erhöhungen bekommen, haben die höheren Beamten nicht nur einen vollen Erfolg erzielt, ihre „höchsten Erwartungen“ sind, wie Breunig vom D. E. B. sagt, „um 100 Proz. überboten worden“. Breunig nannte das „äußerst ungerecht“, die Eisenbahnarbeiter, die unteren und mittleren Beamten, erblicken darin eine gewollte Verhöhnung durch die Regierung und sind auf die äußerste über diese Regelung erbittert. Der Zweck, den die Regierung damit verfolgt, ist klar. Sie hatte es von Anfang an darauf abgesehen, die Beamtenschaft zu spalten, um sie so beherrschen zu können. Die Regierung wäre aber nie mit ihrer Absicht durchgekommen, wenn sich ihr nicht die Vertreter des A. D. G. B. beigelegt und hinterherum die Eisenbahner gezwungen hätten, sich mit den Prinzipien der Regierung abzufinden.

Das nicht mitzuverstehende Echo, das aus allen Teilen des Reiches laut wurde, zwang die Gewerkschaftsbürokratie, den Kuhhandel mit der Regierung noch einmal aufzunehmen. Auch im zweiten Stadium ist es nicht gelungen, die Regierung zur Preisgabe ihres Standpunktes zu zwingen. Die Spannung zwischen den niedrigsten und höchsten Gehältern, die es zu verringern galt, ist geblieben; ist heute größer als sie vor der Lohnbewegung war.

Erreicht ist also lediglich eine Erhöhung der Löhne und Gehälter, die bei den Geringbezahlten nicht einmal ausreicht, um die während der monatelangen Verhandlung eingetretenen Preissteigerungen auszugleichen, geschweige denn die — wie allseitig anerkannt wird — trostlose Lage dieser Schichten zu bessern.

Bei dieser Lage der Dinge ist es einfach selbstverständlich, daß die Eisenbahner mit dem Ergebnis unzufrieden und gegen ihre Verhandlungsleitungen erbittert sind.

Welche Lehren haben die Eisenbahner aus ihrer Bewegung zu ziehen? Die Bourgeoisie, die Regierungsgewalt haben die Wünsche der Eisenbahner solange mit ruhigem Gleichmut behandelt oder besser gemishachtet, als die Eisenbahner zerstückelt waren und als es schien, daß sie sicher an der Strickleit der Gewerkschaftsbürokratie geführt werden. Dieser Gleichmut hatte ein rasches Ende, als sich die Eisenbahnerorganisationen unter dem Druck der Mitglieder zu einer Einheitsfront zusammenschlossen, als sich in unzähligen Eisenbahnervereinigungen und Kundgebungen — offenbare, daß die Eisenbahner entschlossen sind, sich das zum Leben Notwendige eventuell auch gegen die Gewerkschaftsbürokratie zu erkämpfen.

Nun begann es sich im Lager der Konterrevolutionäre zu regen. Verhandlungen begannen. Die Presse setzte mit einer planmäßigen Bearbeitung der öffentlichen Meinung ein und allerlei verlogene Tricks wurden angewandt, um

Die Verammlung der Löwe-Rotstandarbeiter

In den Unionsjahren sind 3500 Arbeiter versammelt, um zu der Löwe-Rotstandarbeiter-Anglegenheit folgende Einschließung an: „Die heute, am 17. Januar 1921, in Nordhausen (Niesenhau) abgehaltene öffentliche Eisenbahnerversammlung beschloß, auf ihren berechtigten Forderungen bestehen zu bleiben. Die Versammelten fordern die Vorstände auf, wenn die Regierung, gegen deren Verschleppungspolitik protestiert wird, absieht, den Streik zu erklären. Die Versammelten erkennen den offenen Brief der S. P. D. an und betrachten ihn als Plattform, auf welcher die bevorstehenden Schritte geführt werden können.“

Einem ausführlichen Bericht werden wir in unserer Abendausgabe bringen.

Der italienische Parteitag in Livorno

(Telegramm unseres Spezialberichterstatters.)
Livorno, den 18. Januar

In der heutigen Sitzung erklärte Balbert, einer der Leader der Reformisten, die Postauer These mit Hochachtung anzunehmen, ebenso ihre Zustimmung zu der von Ceratti verlangten Disziplin. Das Verbleiben der Strömung Ceratti bei den Reformisten in der alten sozialistischen Partei steht nunmehr fest und damit der Austritt der Kommunisten und die Bildung der kommunistischen Partei.

Die Gemüter waren furchtbar erregt. Während der Rede Baccias, der häufig unterbrochen wurde, erregte sich ein schweres Mißverständnis. Genosse Bombacci zog plötzlich eine Pistole, warauf großer Lärm entstand. Das Mißverständnis wurde jedoch sofort aufklärt. Baccias hatte gesagt, Bombacci sei trotz ein Revolutionär des Federmeßers, da wollte Bombacci zeigen, daß er eine Pistole trage. Der Vorfall hatte keine Folgen.

Neue Arbeiterunruhen in Indien

Nach einer amtlichen englischen Meldung kam es in Bombay zu neuen Arbeiterunruhen. Die Arbeiter der Fabrik Ash-noor gerieten in einen Konflikt mit ihrem Diener, in dessen Verlauf der Direktor mit Steinen beworfen wurde. Ein großes Polizeiaufgebot griff ein, es wurde auf die Arbeiter geschossen. 49 Verhaftungen wurden vorgenommen und die „Ordnung“ wurde wieder hergestellt.

Die Arbeiter der Großbetriebe in Bombay befinden sich seit zwei Jahren fast dauernd in Bewegung, und der Klassenkampf hat sich außerordentlich verstärkt.

Für die gemeinsame Kampffront des Proletariats und den Eisenbahnerstreik

Nach einem Aufruf des Genossen Schöppe-Sondershausen wählten die Eisenbahner von Nordhausen und Umgebung eine folgende Einschließung an: „Die heute, am 17. Januar 1921, in Nordhausen (Niesenhau) abgehaltene öffentliche Eisenbahnerversammlung beschloß, auf ihren berechtigten Forderungen bestehen zu bleiben. Die Versammelten fordern die Vorstände auf, wenn die Regierung, gegen deren Verschleppungspolitik protestiert wird, absieht, den Streik zu erklären. Die Versammelten erkennen den offenen Brief der S. P. D. an und betrachten ihn als Plattform, auf welcher die bevorstehenden Schritte geführt werden können.“